

	<b>179. Vollversammlung der AK Wien vom 25.05.2023</b>
<b>Gem</b>	
<b>Antrag Nr. 07</b>	<b>Die öffentliche Beschaffung sozial-ökologisch gestalten</b>
<b>Annahme</b>	<b>Ausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik</b>

Die AK Wien fordert im gegenständlichen, angenommenen Antrag eine Reform des Bundesvergabegesetzes (BVerG 2018), um eine sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe sicherzustellen. Dafür macht die AK Wien eine Reihe von Vorschlägen zur verpflichtenden Einhaltung von konkreten ökologischen und sozialen Kriterien. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge liegt erhebliches Potenzial, um Treibhausgasemissionen im unmittelbaren staatlichen Einflussbereich in sozial verantwortlicher Weise auf ein klimaneutrales Niveau zu senken.

Hintergrund des Antrags ist eine aktuelle, von AK Niederösterreich und AK Wien in Auftrag gegebene WIFO-Studie, die den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der öffentlichen Beschaffung als Bestandteil der staatlichen Aktivitäten Österreichs untersucht. Das durchschnittliche Volumen der öffentlichen Beschaffung beträgt 67 Mrd. Euro pro Jahr und macht damit ca. 18 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsproduktes (BIPs) aus. Zentrales Ergebnis der Studie ist, dass die öffentliche Beschaffung im Durchschnitt für knapp 8 Prozent (5,6 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>) der heimischen Treibhausgasemissionen im Inland pro Jahr verantwortlich ist, weltweit entlang von Wertschöpfungsketten noch für wesentlich mehr (19 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>). Die Studie schlüsselt detailliert auf, auf welchen staatlichen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden, einschließlich ausgegliederter öffentlicher Unternehmen und Sozialversicherungsträger), in welchen Sektoren und Produktgruppen wie viele Emissionen anfallen und liefert daher eine sachliche Fundierung für Verbesserungen in einzelnen Beschaffungsbereichen.

Die AK Wien hat die Studienergebnisse und die im Antrag formulierten Forderungen gemeinsam mit den Studienautoren des WIFO in einem Pressehintergrundgespräch präsentiert und diese auch via Direct-Mailing etwa 50 Stakeholder:innen aus den Bereichen Logistik, öffentliche Landes- und Bundesverwaltung, öffentliche Auftraggeber und Expert:innen zur Kenntnis gebracht. Eine Reaktion darauf war unter anderem eine Einladung zum fachlichen Austausch im Oktober 2023 mit der Umweltschutzabteilung der Stadt Wien sowie Öko-Kauf, dem ökologischen Beschaffungsprogramm der Stadt Wien. Gesondert und gezielt wurden der Gemeinde- und Städtebund kontaktiert. Der Städtebund hat zur Publikation in der Österreichische Gemeinde-Zeitung (ÖGZ) und zu einer Vorstellung von Studienergebnissen und AK-Positionen in den kommenden Fachausschüsse bzw. Arbeitskreisen (ggf. auch am Städtetag 2024) eingeladen. Daneben wurde zu den Themen des Antrags im Juli und August 2023 eine vierteilige Artikelserie am A&W-Blog von WIFO-Forschern und Referent:innen der AK Niederösterreich und AK Wien veröffentlicht. Eine Fachpublikation zur Studie und den Reformvorschlägen der AK Wien wurde für die Zeitschrift für Nachhaltigkeitsrecht eingereicht und sollte noch im Herbst 2023 erscheinen.